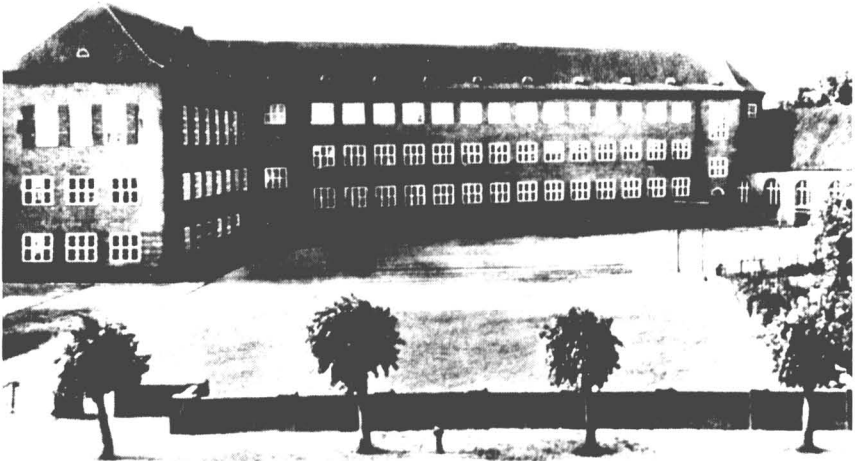


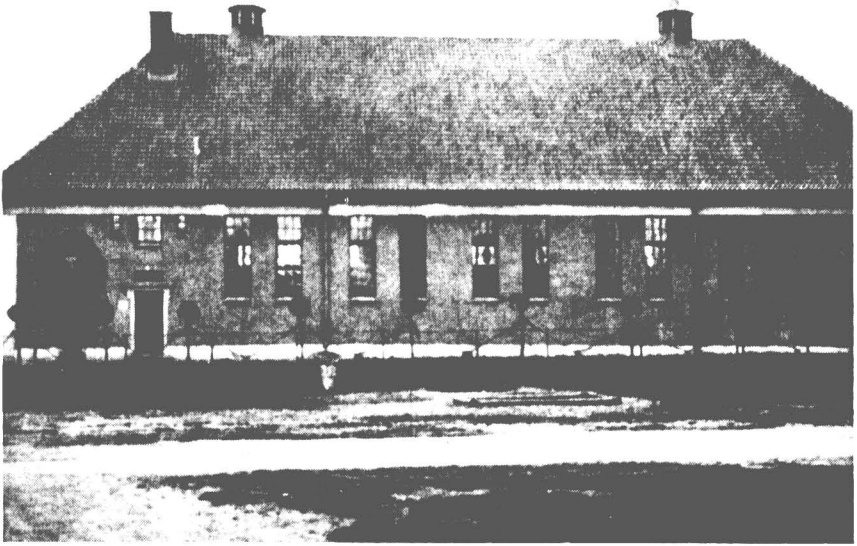
„Nur nicht im Hafen liegen und schlafen,
Sei es im Glück, sei es im Weh',
Leben ist nur auf offener See.“

Auf eine Schilderung der Einweihungsfeier muß hier verzichtet werden. Die Schule war im August des vorhergehenden Jahres als Oberrealschule anerkannt worden. Ostern 1929 fand zum ersten Male seit 22 Jahren wieder eine Reifeprüfung in Wehlau statt, und es begann die Umwandlung in ein Realgymnasium unter der Leitung ihres bisherigen Direktors Dr. Leo Pilch. Im Sommer dieses Jahres wurde die „Deutschordensschule“ beim Schlagballwettbewerb für die ostpreußischen höheren Schulen unter der Leitung des Turn- und Sportlehrers Hundertmark Provinzmeister und siegte überragend im Winter beim Eishockey-Wettkampf mit Königsberger Schulen.

Die Kreisstadt Wehlau war in dieser Zeit immer noch Einkaufsstadt nicht nur für die Ortsansässigen, sondern auch für die Bewohner des Kreisgebiets. Zahlreiche Geschäfte aller Art und viele Handwerksbetriebe hatten ihren festen Kundenkreis. In aufgezeichneten Rück Erinnerungen alter Wehlauer wurden als Träger des wirtschaftlichen Lebens in der Stadt genannt: Die Kaufleute Alex, Schmeer, Schlaugieß, Felsch, Venohr. Ferner die Fleischereien Dobrick, Kaiser, Oberüber und



Die Deutschordensschule, Realgymnasium zu Wehlau



Turnhalle auf der Schanze. Links Siegfried-Monument

Mesus, die Bäckereien Kullack und Wicio, die Kolonialwarenhandlungen Steiniger & Radtke, Hecht, die Manufakturgeschäfte Salecker, Plondzew, Klementz (auch Schuhwaren), „Zigarren-Schöttke“, die Kgl. Privilegierte Apotheke und Adlerdrogerie Portugal, Alexanderdrogerie, Porzellan- und Kristallwaren Kuhrau („der Süße“), Germania-Drogerie und Foto-geschäft Wohlfromm, Uhrmacherei Dombrowski, die Druckereien Scheffler (Wehlauer Tageblatt) und Karla (mit Papierhandlung), die Eisen-warenhandlung Scheffler, Frisiersalon Sierski (Rasierski), die Lederhandlung Gasentzer, die Kohlen- und Getreidehandlung Belgard, Töpferei und Ofenfabrik Rothaupt, Fahr- und Motorradhandlung Kuster, Tischlerei Morgenroth, Maschinenfabrik Menzel & Schoof, die Speditionsfirmen Hantel und Cherubini. Es gab drei große Gärtnereien: Herrenkind, Scheide und Prawitz.

Die weithin bekannte ostpreußische Gastlichkeit und Geselligkeit wurde sowohl beim Verkehr der Familien miteinander gepflegt, als auch in den vielen Gastwirtschaften (z. T. mit Ausspann für Fuhrwerke oder mit Kegelbahn) und Schankstätten. Frau Irmgard Liers schwärmte noch 1968: „Die beste Fleck gab es bei Mutter Kubert in der ‚Amboßhalle‘, und in der ‚Ilskefalle‘ bei Birkholz gab es Ringelschwänzchen-Essen und zur sogenannten Schweinevesper zum Korn Käsestückchen.“ Mancherlei

Erinnerungen sind auch mit anderen Namen verbunden: Bahnrestaurant Küssner, Smolinski („Schmul“), Nilson, Donalies, Hecht, Torkler (am Rathaus), Weinstuben Kriszat (Inhaber als Major gefallen). Beliebte Treffpunkte waren Café und Konditorei Ammon am Markt und Café Steintor. Für Übernachtungen standen zur Verfügung z. B. das Hotel „Kaiserhof“, in dem auch Kurse der Privat-Tanzschule Liedtke stattfanden, „Kronprinz“ und das „Hotel Rabe“ (Ferdinand Neuhaus).

Als Ärzte praktizierten: Dr. Mirtsch, Dr. Kienapfel, Dr. Fröschmann, Dr. Fiebach, Dr. Kob, als Zahnärzte Dr. Erich Fischer („Zahn-Fischer“ zum Unterschied vom „Kassen“- und vom „Studien-Fischer“), Putzki und Urbach, als Tierärzte Dr. Lehmann und Dr. Döll. Für Rechtsstreitigkeiten waren zuständig die Rechtsanwälte und Notare Gottschalk und Dr. Wrobel. „Stadtphotograf“ war Rieger, dem Wehlau viele Aufnahmen von dokumentarischem Wert zu verdanken hat.

Rege war auch das gesellschaftliche Leben in den zahlreichen Vereinen, die durch Inserate zu besonderen Veranstaltungen wie zu Weihnachtsfeiern mit Kinderbescherungen und Verlosungen einluden.



*Turnhallenwart Rosengart
und Heimatdichter*

Der schon erwähnte Hausmeister der Turnhalle auf der Schanze Rosengart bezeichnete Wehlau als „Stadt des Sports“ und erinnerte sich — allerdings ohne Datierung und ohne Angabe der Mitgliederzahlen — an folgende Vereine:

1. Rasensportverein für Männer (Leitung Sportlehrer Hundertmark, Deutschordensschule),
2. Rasensportverein für Damen (Leitung Mittelschullehrerin Grabowski),
3. Männerturnverein mit Damenriege,
4. Schwerathletik-Sportverein mit Boxermannschaft (Leitung Gruschkus),
5. Ruderklub mit Zweier-, Vierer- und Achter-Booten (Leitung Paulini),
6. Fußballklub,
7. Freie Turnerschaft mit Fußballriege und Trommlerkorps.

Natürlich wurde auch in den Schulen eifrig Sport getrieben. Die „Deutschordensschule“ hatte eine Ruderriege mit eigenen Booten, mit denen die Schüler gern längere Ruderfahrten unternahmen. Betreuer waren Sportlehrer Hundertmark und Studienrat Riech, der regelmäßig rotgebrannt von solchen Fahrten zurückkehrte. Die moderne Aulabühne diente dem Laienspiel.

Die guten Eisenbahnverbindungen ermöglichten den Wehlauern auch Fahrten in die Nachbarstädte, besonders nach dem nur 50 Kilometer entfernten Königsberg und von dort in die schönen Ostseebäder. Ein besonderes Erlebnis war eine Fahrt „ins Reich“, z. B. nach Berlin, Mitteldeutschland usw. Seit 1. Dezember 1926 durften auf der Strecke Königsberg—Dirschau—Konitz—Berlin nur je ein Tages- und Nachtschnellzug in beiden Richtungen verkehren. 1928/29 wurde von den Polen die Münsterwalder Weichselbrücke abgebrochen, über die früher die Eisenbahnlinie Wehlau—Allenburg—Wormditt—Marienwerder führte, die als Abkürzungsstrecke zur Entlastung der Ostbahn der Verbindung des zentralen Wirtschaftsgebiets Ost- und Westpreußen mit dem „Reich“ gedient hatte. Wir erinnern uns noch recht gut der lang-samen Fahrten durch den „Korridor“. Die Abteifenster mußten geschlossen bleiben. Wer sich etwa an einem offenen Fenster zeigte, riskierte eine polnische Kugel. Die früher deutschen Bahnhöfe, auf denen niemand aussteigen durfte, lagen leer und verkommen da. Der Widersinn der Grenzziehung an der Weichsel durch das Versailler Diktat war eindeutig. Aber noch viel eindrucksvoller war eine Fahrt nach Kurzebrack und Gr.-Weide, an der ich selbst im Rahmen einer geschichtlichen Arbeitsgemeinschaft in Marienwerder vom 25. bis 30. November 1929 teilgenommen habe. Am sogenannten Dreiländereck mit dem Gedenkstein „Traité de Versailles“ und an anderen charakteristischen Stellen erläuterte uns Landrat Dr. Ulmer die Unerträglichkeit der durch das früher deutsche Kulturland gezogenen polnischen Grenze, die entgegen den Versailler Bestimmungen auf das rechte Weichselufer verlegt war und zum Teil durch Felder, Wiesen, Gärten oder Gehöfte deutscher



*MTV Wehlau (Männerturnverein)
mit anderen Sportvereinen beim Umzug durch das Kirchdorf Plibischken*



*Eine siegreiche Rennvier-Crew des Wehlauer Ruderclubs (WRC)
auf dem Pregel.
Von rechts nach links: Huhn, Kuhnert, Morczek, Wanning, Steuermann Böhme*

Bauern verlief. Die ihnen gegenüber von polnischen „Grenzern“ praktizierten vielfältigen, unnötigen Schikanen, die ständigen „Verunsicherungen“ machten die von den Deutschen angestrebte „friedliche Koexistenz“ einfach unmöglich. Ihr standen auch der erwähnte Abbruch der Brücke und die 1925 erfolgte rücksichtslose Ausweisung von rd. 20 000 deutschen Optanten durch die polnische Regierung entgegen, ferner die historisch falsche, aber seit 1919 von chauvinistischer Seite ständig wiederholte Behauptung: „Das ganze Land von Memel bis zu den Karpaten ist urpolnischer Boden.“ Die polnischen Nationalisten verfolgten also weiterhin das Ziel ihrer Vorfahren, die seit etwa dem Jahre 1000 versucht hatten, sich das Prußenland zu eigen zu machen. Der Gegenstoß der Prußen veranlaßte dann den Herzog Konrad von Masowien, den Deutschen Ritterorden um Hilfe und ins Land zu bitten. Der heutigen jungen Generation in Westdeutschland sind diese Zusammenhänge weitgehend unbekannt. Daher soll wenigstens kurz auf sie hingewiesen werden, zumal auch Wehlaue später in den Strudel der Ereignisse hineingerissen wurde.

Welche Probleme die Stadtverwaltung Ende 1929 beschäftigten, ging aus einem Artikel des Bürgermeisters Makowka „Wehlaue Wünsche zum Jahreswechsel“ in der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ vom 31. Dezember 1929 hervor. Einiges soll im Wortlaut wiedergegeben werden, weil es sehr aufschlußreich ist.

„Bei Hochwasserzeiten liegt Wehlaue wie auf einer Insel. Die Schanzenwiesen stehen monatelang unter Wasser. Mindestens 100 Morgen Wiesen werden Jahr für Jahr für eine weidewirtschaftliche Nutzung unbrauchbar gemacht. Die Milchwirtschaft erleidet hierdurch einen erheblichen Schaden. Des öfteren wird auch die Deutsche Straße unter Wasser gesetzt, so daß die Neustadt mit den Behörden wie Amtsgericht, Landratsamt, Katasteramt u. a. von der Altstadt abgeschnitten sind. Zahlreiche Häuser stehen alsdann unter Wasser. Um diesem Übel ein Ende zu bereiten, hat die Stadt vor neun Monaten ein Projekt für die Errichtung eines Damms zum Schutze der Schanzenwiesen gegen den Pregel eingebracht, das zur Zeit dem Regierungspräsidenten zur Prüfung vorliegt. Die Verwirklichung dieses Projektes ist nur unter Beteiligung der Provinz und des Landwirtschaftsministeriums an den Kosten möglich. Recht dankbar würde es die Stadt begrüßen, wenn der Damm im Jahre 1930 errichtet werden könnte. Für eine größere Anzahl Arbeiter könnte hier gleichzeitig Arbeitsgelegenheit geschaffen werden.

Wünschenswert erscheint auch die Errichtung einer Eisenbahn-Unterführung für den Durchgangsverkehr in der Bahnhofstraße vor der Eisenbahn-Allebrücke. Etwa 40 Züge durchfahren täglich diese Strecke in Richtung Königsberg, Insterburg und Friedland. Während dieser Zeiten muß die Durchgangsstraße Allenburg—Friedland gesperrt werden. Ist schon an gewöhnlichen Tagen diese Sperre unangenehm, so bildet sie an Markttagen geradezu ein Verkehrshindernis, da unzählige Fuhrwerke und Autos hier anstauen. Da jetzt die Provinzialanstalt Allenberg zum

Stadtbezirk gehört und mit der neuen Siedlung auf der Vogelweide einen neuen Stadtteil mit 1800 Einwohnern bildet, ist eine neue ungehinderte Verbindung mit der Altstadt notwendig.

In Übereinstimmung mit der Industrie- und Handelskammer Königsberg und mit zahlreichen anderen Städten hat die Wehlauer städtische Körperschaft in einer Eingabe an den Handelsminister und an zahlreiche Abgeordnete und Behörden die Bitte ausgesprochen, man möchte den begonnenen Arbeiten am Masurischen Kanal Fortgang geben. Damit könnte gleichzeitig der Arbeitslosigkeit in Ostpreußen in ganz erheblichem Maße gegengesteuert werden. Die Durchführung dieses Projektes würde eine Frachterleichterung für Handel und Gewerbe bringen. Wehlau ist auch daran interessiert.

Die Stadt hat infolge ihres ausgedehnten Stadtgebiets, zu dem 3500 Hektar gehören, viele Straßen und Wege zu unterhalten, wodurch erhebliche Kosten entstehen und den städtischen Etat sehr belasten. Gewährung von Beihilfen an die Stadt aus dem Provinzialwegebaufonds und aus der Kraftfahrzeugsteuer, insbesondere für die öffentlichen Durchgangsstraßen, ist daher sehr erwünscht.

In Wehlau besteht noch immer große Wohnungsnot. Viele Familien warten sehnsüchtig darauf, daß dem von der Stadt gestellten Antrag auf Bau von Reichshäusern entsprochen wird. Nicht Eigenheime, sondern eine größere Anzahl Mietwohnungen werden hier in erster Linie benötigt.

Ein recht schwieriges Problem für die Stadtverwaltung bildet auch die Schaffung von weiteren Räumen für die Volksschule. Für 700 Volksschüler, welche in 16 Klassen unterrichtet werden, stehen nur 12 Räume zur Verfügung, so daß vier fliegende Klassen eingerichtet werden mußten. Auch die Höhere Mädchenschule erhofft im Jahre 1930 eine bessere Unterbringung, da das derzeitige Gebäude unzureichende und ungeeignete Klassenräume aufweist. Der Staat soll in beiden Fällen helfen. Die Erfüllung der aufgeführten Aufgaben bedeutet Dienst am Volke und am Vaterlande.“ (Diese Werte wurden damals von den meisten Menschen noch nicht „in Frage gestellt“.)

Die Ereignisse des Jahres 1930 spielten sich bereits auf dem Hintergrunde einer immer bedrohlicheren Weltwirtschaftskrise ab, die dann zum Ende der Konjunkturperiode führte. Zunächst war in Wehlau noch nicht viel davon zu spüren. Durch die schon 1928 begonnenen Eingemeindungen hatte sich das Stadtgebiet um ca. 800 Hektar vergrößert und umfaßte nunmehr 3578,86 Hektar. Zu Wehlau gehörten damals: Das Gebiet der Heil- und Pflegeanstalt Allenberg, die Gutsbezirke Pinnau, Augken und Rödersbruch, die Wattlau (früher ein Vorwerk der Grafschaft Sandtten) und die Gemeinde Holländerei. Später wurden die Pregelwiesen der Gemeindebezirke Friedrichsthal, Bürgersdorf, Grünwalde und Michelau eingemeindet.



*Arbeitsausschuß des Kreisheimatmuseums.
Von links nach rechts: Die Herren Werner, Diemke, Renz.
Unten: Dr. Fischer, Schulrat Pacyna*

Aus dem Gedanken heraus, daß eine Kreisstadt mit einer 600jährigen Geschichte eine Stätte braucht, in der die noch erhaltenen Gegenstände von kulturhistorischer Bedeutung aus dem Kreisgebiet konserviert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können, konstituierte sich auf Einladung von Bürgermeister Makowka am 25. Februar 1930 ein Ortsausschuß für die Einrichtung eines Kreisheimatmuseums. Studienrat Dr. Fischer hielt dabei ein Referat über die Bedeutung dieses Museums für die Vertiefung der Liebe zur engeren und weiteren Heimat, über den geplanten Aufbau der Sammlungen und über die primären Aufgaben des gewählten Arbeitsausschusses. Zu diesem gehörten Kreisschulrat i. R. Pacyna, Lehrer Hellmig, Konrektor Diemke, Studienrat Dr. Fischer, Hauptlehrer Werner, später die Lehrer Donner und Koch. Die Arbeitssitzungen fanden anfänglich in einem dafür zur Verfügung gestellten Raum des Evangelischen Jünglingsvereins statt.

Der Ortsausschuß (19 Unterschriften) veröffentlichte am 1. März im „Wehlauer Tageblatt“ einen Aufruf zur Abgabe von näher bezeichneten Gegenständen, die in einer Sammelstelle im Rathaus unter Wahrung des Eigentumsrechts und gegen Empfangsquittung von Stadtobersekretär Renz entgegengenommen werden sollten.

Die Sammlungs- und Ausstellungsräume wurden im ordenszeitlichen Steintor und in einem mit ihm verbundenen Neubau (mit Durchfahrt) eingerichtet. Welche Kulturgüter von der frühesten Siedlertätigkeit an in über zehnjähriger vorbildlicher Gemeinschaftsarbeit hier zusammengetragen und sorgsam gepflegt worden sind, hat Fritz Hellmig in seinem Manuskript „Kreisheimatmuseum Wehlau“ bis ins einzelne dargestellt.

Eine andere historische Sehenswürdigkeit war das durch Ortsstatut vom 20. Dezember 1929 unter Denkmalschutz gestellte Speicherviertel am Roßmarkt. Wenn z. B. die Dampfer der Königsberger Firma Meyhöfer im Hafen an der Allemündung anlegten, boten diese Speicher den Fahrgästen einen ersten Eindruck von der früheren „Handelsmetropole Wehlau“. Nach dem Aufsatz des Bürgermeisters Makowka in der Königsberger Allgemeinen Zeitung vom 11. April 1930 (mit Foto dieses Viertels) dienten damals nur noch einige Speicher der Lagerung von Getreide. Durch die Kriegs- und Nachkriegszeit war der Handelsverkehr so weit zurückgegangen, daß die Stadt im wesentlichen auf den eigenen Umsatz angewiesen war.

Im Sommer 1930 kam Zirkus Barum nach Wehlau. Fotos aus jenen Tagen zeigen, welche Menge Schaulustiger sich auf der Schanzenböschung gelagert hatte, um den Aufbau des Zeltes, besonders auch die Arbeit der Elefanten dabei, mit gespannter Aufmerksamkeit zu verfolgen. Das Standgeld kam der Stadtkasse zugute. Zu den Vorstellungen, die durch Anschläge in der Stadt und ihrer Umgebung angekündigt worden waren, erschienen viele aus Stadt und Land, und wie bei den Märkten, so blieben auch aus diesem Anlaß erhebliche Summen Geldes in Wehlau.

Am 4. August fand eine „Waldbereisung“ mit Fuhrwerken statt. Anschließend saßen die Teilnehmer mit ihren Damen bei Hering und Pellkartoffeln an vorher aufgestellten weiß gedeckten Bretttafeln unter schattigen Bäumen, zwischen denen Fähnchenketten und ein Rundfunkgerät aufgehängt waren. Auch von dieser Veranstaltung zeugen Privatfotos.

Von so gewaltigen Bränden, wie sie in früherer Zeit die Stadt heimgesucht hatten, blieb Wehlau in diesen Jahren glücklicherweise verschont. Aber in der Nacht vom 19. zum 20. September entstand in Neu-Wehlau ein Scheunenbrand, zu dessen Bekämpfung die Wehlauer Feuerwehr und die Allenberger Spritze eingesetzt wurden. Ein Foto zeigt, wie vier Männer am Pumpenschwengel diese Spritze bedienen — ein Dokument für „Feuerlöschgeräte“, wie sie damals für kleinere Bezirke noch ausreichend waren.

Die erste Luftschutzübung in Ostpreußen fand vom 1. bis 3. Oktober 1930 statt, also schon lange vor Gründung des „Reichsluftschutzbundes“. Diese Übung zeigte, daß man „höheren Ortes“ die der Provinz drohende Gefahr ernst nahm. Die seit 1926 von Staatsarchivrat Dr. Recke, Ostinstitut in Danzig, herausgegebenen „Ostlandberichte“ brachten polni-

sche Originaltexte mit danebenstehender deutscher Übersetzung aus Büchern, Zeitungen, Zeitschriften, Reden usw. und bewiesen eindeutig, daß die Polen mit ihrer Beute nicht zufrieden waren. Ihr Ziel war unabänderlich ein polnisches Großreich. Alarmierend war auch das 1932 erschienene Buch von Nitram „Achtung, Achtung! Ostmarkenrundfunk und Danzig: Polnische Truppen haben heute Nacht die ostpreußische Grenze überschritten!“ Es gab damals noch viele andere Publikationen, die sich mit dem völkerrechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Problem der Grenz-„Realitäten“ auseinandersetzten. Über die gegenwärtigen „Realitäten“ informiert der vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen herausgegebene „Pressespiegel“ und „Jenseits von Oder und Neiße“ mit seinen Berichten aus polnischen Zeitungen und Zeitschriften, auf Anforderung kostenlos erhältlich vom Gesamtdeutschen Institut, Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben, Abteilung IV, 1 Berlin (West) 31, Bundesallee 216—218. Ebenfalls kostenlos erhältlich ist der „Informationsdienst Ostpreußen“ der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., 2 Hamburg 13, Parkallee 86. Gerade die jüngere Generation sollte sich mit diesen Informationen beschäftigen, die anderswo nicht „nachgelesen“ werden können.

Aus dem Absatzschwund infolge der Wirtschaftskrise ergaben sich auch in Wehlau Arbeitseinschränkungen oder Arbeitseinstellungen. Die Anwohner der Parkstraße erinnern sich noch an die zahlreichen Arbeitslosen, die 1930 von der damaligen Zahlstelle im Lokal „Glumsberg“ ihre Unterstützung abholten. Manche setzten dort gleich einen Teil des Geldes in Alkohol um, verbittert über die Ausweglosigkeit ihrer Situation. Viele sehnten sich im Gegensatz zu ihrer früheren Streikfreudigkeit nach der Zeit zurück, in der sie „auf Arbeit“ gehen durften. Das ständige Absinken der Kaufkraft bekamen auch die Wehlauer Kaufleute und Gewerbetreibenden in steigendem Maße zu spüren. Die Notverordnungs politik zur „Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ brachte am 1. Dezember 1930 auch den Beamten eine Kürzung der Gehälter mit einer entsprechenden negativen Auswirkung auf das Wehlauer Geschäftsleben. Aber in dieser mit der Landwirtschaft aufs engste verbundenen Kreisstadt machte sich die Wirtschaftskrise doch nicht so katastrophal bemerkbar wie in den Großstädten und Industriezentren.

So wurde das von der Stadtverwaltung für 50 000 Mark vom Staat zurückgekaufte alte Gebäude der „Deutschordensschule“ mit einer Beihilfe des Ministers für Handel und Gewerbe von 25 000 Mark zu einer städtischen Berufsschule umgebaut und am 8. Januar 1931 in Gegenwart des Regierungspräsidenten Dr. von Bahrfeldt feierlich seiner Bestimmung übergeben.

Am 12. März 1931 fand in Wehlau ein Kreis-Kirchentag statt, zu dem Superintendent Hardt auch die Synodalen, Kirchenältesten und Gemeindevorordneten des Kirchenkreises eingeladen hatte. Die Tagung stand

unter dem Leitgedanken „Kampf und Sieg der Kirche“ und fand bis auf die in der Kirche gehaltene Morgenfeier und den Nachmittags-Gottesdienst mit der Ansprache von Generalsuperintendent D. Gennrich im „Gesellschaftshaus Rebuschatis“ statt. Dort wurde von der Wehlauer Evangelischen Frauenhilfe ein Mittagessen für 50 Pf gereicht. Die Leitung der geistlichen Posaunenmusik in der alten Ordenskirche hatte Pfarrer Machmüller-Tapiau. Sinn und Zweck dieser Zusammenkunft war es, im Hinblick auf die ernste Not eine lebendige Zusammenarbeit im kirchlichen Bereich immer inniger herbeizuführen.

Die allgemeine Finanzkrise hatte am 14./15. Juli 1931 eine Schließung der Banken, Sparkassen und Börsen zur Folge. Auch in Wehlau verloren immer mehr Menschen den Glauben an die kraft- und hilflos erscheinende Weimarer Republik, in der es Ende Dezember dieses Jahres bereits 5,66 Millionen Arbeitslose gab. Die vierte Notverordnung vom 8. Dezember brachte weitere Lohn- und Gehaltskürzungen mit sich, die Leistungen der Arbeitslosenfürsorge wurden herabgesetzt. Immerhin hat das Deutsche Reich bis Januar 1932 insgesamt 53 Milliarden und 155 Millionen Mark für „Reparationen“ bezahlen müssen. Diese Leistung sollte nicht übersehen werden, wenn man sich die damalige Situation vergegenwärtigen will.

So stagnierte auch in Wehlau im Jahre 1932 weitgehend das öffentliche Leben. Zu erwähnen sind nur folgende Änderungen auf dem Gebiet des Schulwesens: Da die Räume für die Höhere Mädchenschule (Mittelschule) unter der Leitung von Rektor Dr. Walter Kuck nicht mehr ausreichten, wurde diese Schule in das frühere Gebäude der „Deutschordensschule“ verlegt, wo schon im Jahre davor die Berufsschule für die Abendstunden untergebracht worden war. Wegen des Rummangels in der Grundschule teilte man dieser ein Jahr später vier Klassenräume im alten Gebäude der Mädchenschule zu.

Im übrigen bot die Kreisstadt Wehlau ein Spiegelbild im Kleinformat dessen, was sich im ganzen Deutschen Reich in dieser turbulenten Zeit ereignete. Hindenburg war zwar am 10. April 1932 zum zweitenmal zum Reichspräsidenten gewählt worden, aber die allgemeine Krise dauerte weiter an. Die Arbeitslosenziffer überstieg die Sechs-Millionen-Grenze. Durch die Notverordnung vom 14. Juni wurden die Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützungen weiter gekürzt und reichten kaum noch für die Beschaffung von Lebensmitteln. Die politischen Gegensätze verschärften sich in beängstigender Weise. Karl Kossack, damals Polizeimeister in Wehlau, berichtete 1969 unter anderem:

„Im Jahre 1932 fand in Wehlau die NSDAP viele Anhänger. Das war darauf zurückzuführen, daß viele Arbeiter nur vom Stempelgeld leben mußten. Dadurch wurde die SA radikal und suchte Streit mit den Linksparteien. Sobald auf dem Marktplatz eine kommunistische Kundgebung stattfand, zog die SA singend an den Demonstranten vorbei. Daß dabei

Drohungen und Rempelen vorkamen, war nicht zu vermeiden. Aber auch sonst bestand ständig die Gefahr, daß die Kommunisten und die SA zusammenprallten. Der von Kaufmann Kriszat geführte „Stahlhelm“ beteiligte sich nicht an Übergriffen. Auch der „Jungstahlhelm“ sah der Entwicklung mit Ruhe entgegen. Die HJ wurde von einem Malerlehrling geführt und von ihm immer wieder gegen die Staatsgewalt aufgehetzt. Er achtete die bestehenden Gesetze in keiner Hinsicht. Lediglich sein Befehl war für die HJ maßgebend. Die Polizeibeamten wurden dann als Feinde der NSDAP angesehen.“

Kommunistisch ausgerichtet war auch die durch Abspaltung von der SPD 1931 durch den sächsischen Radikalen Seydewitz neu gegründete SAP (Sozialistische Arbeiterpartei). Aber auch die NSDAP war, wie der Name sagte, eine „Sozialistische Arbeiterpartei“ und hatte mit den Linksradikalen vieles gemeinsam: Die rote Fahne, wenn auch mit Hakenkreuz, den Kampf gegen „Reaktion“, „Bourgeoisie“, Beamtentum (Hitler: „Komme mir keiner mit den wohlverordneten Rechten der Beamten!“), gegen die „Korrumpierte Demokratie“ und für einen „Sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaat“, in dem die Wehrpflicht „Ehrendienst“ sein sollte. Trotzdem „Die rote Front schlägt sie entzwei!“ und auf der anderen Seite „Schlägt die Faschisten, wo ihr sie trifft!“ Allerdings waren und sind im KP-Jargon alle Nicht-Kommunisten eben Faschisten. Der jungen Generation, die diese Zeit nicht miterlebt hat, sei die vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen 1966 herausgegebene Schrift von Reinhart Beck, „Die Geschichte der Weimarer Republik im Spiegel der sowjetzonalen Geschichtsschreibung“, nahegelegt.

Die traurige Zerrissenheit des deutschen Volkes dokumentierte sich in der Vielzahl der damaligen Parteien, nach einem Faksimile des Wahlzettels für die Reichstagswahl am 31. Juli 1932 waren es 32, die sich mit „Wahlversprechungen“ um die Wählerstimmen bemühten. Was war aus diesem Volk geworden, von dem der Kaiser am 4. August 1914 sagen konnte: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche.“ In den 14 Jahren seit 1919 wechselte zwanzigmal der deutsche Reichskanzler. Reichstagsauflösungen und Neuwahlen, die in Wehlau wie überall die Erregung der Menschen steigerten, trugen mit dazu bei, das Ansehen der Demokratie immer mehr zu zerstören.

Am 30. Januar 1933 berief der Reichspräsident den Führer der damals zahlenmäßig stärksten Partei Adolf Hitler zum Reichskanzler. Landrat Hoffmann gehörte zu den ersten Beamten, die den „Veränderungen“ zum Opfer fielen. Obwohl die Überprüfung durch die neuen „Machthaber“ im Kreishaus eindeutig ergeben hatte, daß die Kreisverwaltung während seiner Amtszeit seit 1925 „gut und sparsam gewirtschaftet“ hatte, wurde er in den „einstweiligen Ruhestand“ versetzt, verließ Wehlau im Juli 1933 und war dann beim Regierungspräsidenten in Liegnitz tätig.

Karl Kossak berichtete: „Am 29. Januar 1933 stand das politische Barometer in Wehlau auf Sturm. Die Polizeibeamten mußten die Um-

züge der KPD und der NSDAP begleiten, um Schlägereien zwischen den Parteien zu verhindern, und ermahnten sie zur Vernunft. So blieb es bei schweren Drohungen beider Parteien gegeneinander. Am 30. Januar 1933 fanden wieder Aufmärsche der NSDAP und der KPD statt. Die Polizeibeamten waren ganz erstaunt darüber, daß in den Reihen der NSDAP Mitglieder der KPD mitmarschierten und Drohungen gegen die KPD ausstießen.“ Alte KP-Lieder wurden „umgedichtet“. Früher sangen die Kommunisten: „Dem Karl Liebknecht haben wir geschworen, der Rosa Luxemburg reichen wir die Hand.“ Jetzt sang man nach derselben Melodie: „Dem Adolf Hitler haben wir geschworen.“ Nach der Eingliederung des „Stahlhelm“ in die SA (Reserve I, der „Kyffhäuserbund“ wurde SA-Reserve II) ertönte beim Marsch der braunen Kolonnen, ebenfalls nach alter Melodie: „Einst waren wir Kommunisten, Stahlhelm und SPD, heut' Nationalsozialisten, Kämpfer in der NSDAP.“

Wer diesen „Aufbruch der Nation“ nicht miterlebt hat, wer noch heute die Frage stellt: „Wie hat das alles so kommen können?“, der lese die Bilddokumentation von Bertram Otto „Hitler marschiert in der Sowjetzone“, Berto-Verlag Bonn 1961.

Einen zusammenhängenden Erlebnisbericht über die Ereignisse in Wehlau verdanken wir Fritz Hellmig, dessen Darstellung im wesentlichen übernommen werden soll.

„So erlebte Wehlau diesen schicksalsschweren 30. Januar 1933: Ein Fackelzug mit Musikkapelle riß die Einwohner aus ihrer abendlichen Ruhe. Die städtische Abendberufsschule hatte vorzeitig geschlossen, um Jugendlichen die Teilnahme an dieser Kundgebung zu ermöglichen. In strammem Marschschritt, unter Absingen neuartiger Marsch- und Kampflieder, uniformiert mit braunen Blusen und Windjacken, einheitlichen Mützen und Hakenkreuzarmbinden zogen die Anhänger Hitlers und seiner Partei durch die Straßen der Stadt. Vor den Haustüren standen die Menschen in dichten Gruppen oder schauten aus den geöffneten Fenstern — manche Fenster waren illuminiert — auf das sich bietende Schauspiel. Auf vielen Gesichtern lag Freude, Hoffnung, Vertrauen, auf nicht wenigen aber auch Skepsis, Beklommenheit und Staunen über das, was da vor sich ging.

Zwölf Jahre später, fast auf den Tag genau, ging die Stadt in Flammen auf!

Mit der „Machtübernahme“ begann der Auf- und Ausbau der Parteiorganisation. Kreisleiter wurde Ernst Wagner, ein Jungbauer aus Köthen, Kirchspiel Grünhayn. Sein Kreisbüro war Freiheit Nr. 4. Ortsgruppenleiter wurde Schlossermeister Pannowitz aus der Allestraße, ein Mitkämpfer der Seeschlacht vor dem Skagerrak 1916.

Bald überzog ein dichtes Netz von Zellen- und Blockleitern die Stadt, um an alle „Volksgenossen“ herankommen und sie kontrollieren zu können. Für neue Mitglieder war die Partei bis zum 1. Mai geöffnet. Auf

Beamte und Angestellte der Verwaltungen und die Lehrkräfte der Schulen wurde seitens der Partei ein gelinder Zwang zum Beitritt ausgeübt, um die nötigen Fachkräfte zu gewinnen. Alle wichtigen Ämter und die Vorstände von Organisationen und Vereinen wurden mit der Partei ergebenen Menschen — meistens Pg. — besetzt. Im Rahmen der „Säuberung“ wurden Schulrat Krauledat, Rektor Dr. Kuck, Lehrer Gädtke inhaftiert, aber nach einiger Zeit freigelassen. Ersterer durfte jedoch nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren. An seine Stelle trat Schulrat Amling, den Schulrat Grohnert ablöste.

Eine in solchem Umfang nie gekannte geschickte Propaganda suchte die Menschen für die Ziele der NSDAP zu gewinnen, u. a. für ein völkisches, d. h. rassisch reines Großdeutschland, das die Heimat aller Deutschen sein sollte.

Der Jude war als Nichtarier Ursache aller politischen und wirtschaftlichen Mißgeschicke, der innere Staatsfeind Nr. 1. Es gab in Wehlau eine kleine jüdische Gemeinde, die noch zu Anfang des Jahrhunderts einen Textilkaufmann als Stadtverordnetenvorsteher gestellt hatte. Die Zahl der in ihren Händen befindlichen Geschäfte und Unternehmungen war schon seit einiger Zeit zurückgegangen. In der Parkstraße hatte die Gemeinde ihren Friedhof, umgeben von einer hohen Mauer. Durch das schmiedeeiserne Gitter sah man, daß die Grabstätten in Ordnung gehalten waren. In der Reichskristallnacht (9./10. November 1938) wurde dieser Friedhof geschändet, die Mauer eingerissen und die Grabsteine umgeworfen. Die Feindseligkeiten gegen die Juden hatten schon im Frühjahr 1933 begonnen. An den Schaufensterscheiben ihrer Geschäfte klebten judenfeindliche Plakate, und vor den Eingangstüren ihrer Läden standen je zwei SA-Leute, die die Kunden durch Überredung davon abhielten einzutreten. Durch diesen Boykott waren die Geschäftsinhaber genötigt, ihre Läden aufzugeben, sie zogen fort. Wer blieb, wurde durch eine gelbe Juden-Armbinde als solcher kenntlich gemacht. Auch diese Gestalten verschwanden nach und nach aus dem Stadtbild.

Mit Mißtrauen begegneten die nationalsozialistischen Machthaber der Kirche, die mit manchem, was mit dem christlichen Glauben und dem Gewissen unvereinbar war, nicht einverstanden sein konnte. In Form von persönlichen Aussprachen trat man an die Lehrerschaft der Stadt heran mit der Aufforderung, als Protest gegen das Verhalten der Kirche den Religionsunterricht niederzulegen. Dieses Ansinnen wurde in großer Mehrheit abgelehnt, und die Partei kam nicht weiter darauf zurück. Die Einstellung der Stadtbevölkerung war im allgemeinen religiös und kirchenfreundlich. Überzeugte Nationalsozialisten dagegen ließen ihre Kinder nicht taufen, nicht am Religionsunterricht teilnehmen, nicht konfirmieren. Statt der Konfirmation gab es eine Jugendweihe und für Brautpaare statt der kirchlichen Trauung eine feierliche Zeremonie vor einem Parteiamt bzw. dem Standesamt. Geistliche beider großen Konfessionen,